

Integration von Geflüchteten in Nordafghanistan

Um die Integration von Binnenflüchtlingen und Rückkehrenden in aufnehmende Gemeinden zu erleichtern, unterstützt die Bundesregierung das afghanische Ministerium für Flüchtlinge und Repatriierung bei der Bereitstellung von Unterkünften und Basisinfrastruktur im Norden Afghanistans.

Situation

Aufgrund jahrzehntelanger Konflikte und Naturkatastrophen, die die Lebensgrundlage der Menschen zerstören, sehen sich große Teile der afghanischen Bevölkerung dazu gezwungen, ihre Heimatorte zu verlassen. UN-Schätzungen zufolge sind aktuell etwa zwei Millionen Menschen innerhalb Afghanistans auf der Flucht. Durch eine anhaltende Dürreperiode kamen allein 2018 mehr als eine halbe Million neuer Binnenflüchtlinge hinzu. Gleichzeitig kehrten viele Menschen aus den Nachbarländern zurück – allein aus dem Iran waren es etwa 770.000 Menschen.

Wegen niedriger Grundstückspreise lassen sich sowohl Rückkehrende als auch Binnenvertriebene häufig in Randgebieten großer Städte nieder. Der rasante Bevölkerungsanstieg führt hier zu wachsendem sozialen und wirtschaftlichen Druck. Es mangelt an adäquaten Unterkünften sowie lebensnotwendigen Ressourcen wie Wasser und Lebensmitteln. Arbeitsmarkt und öffentliche Infrastruktur sind durch die hohe Bevölkerungszunahme überlastet. Diese Situation führt oft zu Spannungen und Konflikten zwischen Gastgemeinden auf der einen und Binnengeflüchteten sowie Rückkehrenden auf der anderen Seite.

Ziel

Das Vorhaben zielt darauf ab, Spannungen in betroffenen Gebieten zu reduzieren und Konflikte zu vermeiden. Hierfür werden Unterkünfte für Rückkehrende und Binnenvertriebene bereitgestellt und eine Basisinfrastruktur aufgebaut, von der auch die Gastgemeinden profitieren. Gleichzeitig sollen die für die Integration von Rückkehrenden und Binnengeflüchteten zuständigen Behörden des afghanischen Ministeriums für Flüchtlinge und Repatriierung (MoRR) gestärkt werden. Diese sollen von der afghanischen Bevölkerung als wirksamer Akteur wahrgenommen werden und eine stabilisierende Wirkung in den betroffenen Regionen entfalten.

ÜBERSICHT



Engagement in den
Provinzen Balkh, Jawzjan,
Samangan

Programm: Integration von Geflüchteten in Nordafghanistan (IDP)

Auftraggeber Auswärtiges Amt (AA)

Partner: Afghanisches Ministerium für Flüchtlinge und Repatriierung (MoRR)

Durchführungsorganisationen: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Provinces: Balkh

Provinces: Jawzjan

Provinces: Samangan

Programmziel: Die afghanischen Behörden werden bei der Integration von Binnenflüchtlingen und Rückkehrenden in ausgewählten Gebieten Nordafghanistans stärker als wirksamer Akteur wahrgenommen.

Overall term: Januar 2017 – Mai 2020

Maßnahmen & Wirkung

Zu den Hauptaufgaben der Behörden des MoRR gehört die Erfassung des Unterstützungsbedarfs von Gastgemeinden, Binnengeflüchteten und Rückkehrenden. Die Bundesregierung fördert Schulungen für deren Angestellte, die speziell auf Effizienzsteigerung und professionelle Datenerhebung ausgelegt sind. So sind die Behörden in der Lage, professionelle Haushaltsbefragungen durchzuführen und Gruppendiskussionen mit den beteiligten Parteien zu veranstalten. Im Dialog mit der Bevölkerung werden Ideen und Anregungen zur Verbesserung der Situation ausgetauscht. Daraus resultieren konkrete Maßnahmen, die den Bedürfnissen der Geflüchteten sowie der Gastgemeinden entsprechen und so vorhandenes Konfliktpotential nachhaltig reduzieren. Gelungene Beispiele können die afghanischen Behörden eigenverantwortlich auch an anderen Standorten umsetzen.

Dieser Ansatz trägt bereits Früchte. So wurden bisher Unterkünfte für 555 bedürftige Familien errichtet, um deren Integration in die Gastgemeinden zu erleichtern. Weitere 600 Familien erhielten Materialien für die eigenständige Instandhaltung ihrer Häuser. Zusätzlich wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Basisinfrastruktur ermittelt und umgesetzt. Davon profitieren sowohl benachteiligte Haushalte der Gastgemeinden als auch Vertriebene und Rückkehrende. Hierzu zählen vor allem der Ausbau der Trinkwasserversorgung, der Infrastruktur und sanitärer Anlagen. Weitere Maßnahmen sind der Bau und die Sanierung lokaler Gemeindezentren und Schulen. Seit 2017 wurden in betroffenen Gemeinden unter Anderem neun Trinkwassersysteme installiert oder in Stand gesetzt sowie fast vier Kilometer Straße neu gebaut. Insgesamt konnten so die Lebensbedingungen von bislang rund 40.000 Menschen verbessert werden.

KONTAKT

Georg Fritzenwenger GIZ GmbH
Leiter des Programms
„Community Policing in
Afghanistan (CPA)“, „Police
Cooperation Project (PCP)“,
„Integration von
Binnenvertriebenen in
Nordafghanistan (IDPP)“
georg.fritzenwenger@giz.de